

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.). Durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. ohne Zustellungsgebühr / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Schillerstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 15690. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-N. Ostbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr außer Dienstag u. Donnerstag

4. Jahrgang Dresden, Freitag den 22. Juni 1928 Nummer 144

## Der Weg zur KPD

Uebertritt enttäuschter sozialdemokratischer Arbeiter zur Kommunistischen Partei

### Die SPD ist keine Partei des Proletariats

In den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter wächst in immer stärkerem Maße die Mißstimmung über die Koalitions- politik der SPD-Führer. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter- massen begreifen langsam, daß die radikalen Töne der sächsischen „Linken“ nichts anderes sind, als ein heuchlerisches Geschwätz, mit dem sie ihr grundsätzliches Einverständnis mit dem Koalitions- stur des Parteivorstandes zu verdecken suchen. Diese Erkenntnis setzt sich in immer stärkerem Umfange durch. Der erbärm- liche Koalitionschacher ... die Koalitionsregierung im Reich, bei dem die SPD-Führer die 9 Millionen Wählerstimmen zum Sprungbrett für Ministerstühle benutzen, und die Arbeiterinter- essen der Zusammenarbeit mit Kapitalisten opfern, hat dazu ge- führt, daß ehrlich denkende sozialdemokratische Arbeiter der Ver- räterpartei den Rücken kehren.

Dieser Tage erhielt die Redaktion nachfolgenden Brief eines seit 17 Jahren in der SPD organisierten Arbeiters, in dem dieser mit seiner Frau gemeinsam den Uebertritt zur Kommunisti- schen Partei erklärt und diesen Schritt in seinem Briefe mit fol- genden Worten begründet:

#### Warum ich der Kommunistischen Partei beitrete?

Weil die SPD aufgehört hat, eine Partei des klassenbewußten revolutionären Proletariats zu sein. Siebzehn Jahre war ich Mitglied der Sozialdemokratie, in dem Bewußtsein, mitzuhelfen dem deutschen Proletariat eine andere Gesellschafts- ordnung zu erkämpfen, und den härtesten Kampf gegen die Bourgeoisie als Feinde der Arbeiterklasse zu führen. Und heute nach siebzehn Jahren muß ich erkennen, daß die SPD nicht mehr das Recht hat, sich Arbeiterpartei zu nennen oder gar sich als Führerin des Proletariats zu titulieren. Durch den Verrat an den werktätigen Schichten, durch den Verrat an uns als SPD-Genossen, und was das Schlimmste ist, den Ver- rat an den 9 Millionen Stimmen, die am 20. Mai für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, hat sie nun erreicht, daß Hunderte, ja Tausende ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter ein für allemal der Partei des Verrats den Rücken kehren, und der Partei, die wirklich aufrecht den Klassenkampf führt um die proletarischen Tagesforderungen, den Kampf um die Macht bis zum Sturz der Bourgeoisie, beitreten und teilnehmen am Kampf der Kommunisten, die das Erbe des Sozialismus unse- res Altvaters August Bebel hüten und fortpflanzen.

Große Koalition ist die Verbindung mit der Reaktion, der Schwerindustrie mit den Kriegsterroristen kurzum mit den Feinden des Proletariats und mit dieser Politik kann ich mich, und ich behaupte, noch viele meiner Parteigenossen nicht einverstanden erklären, und deshalb scheide ich aus der SPD aus, und trete gemeinsam mit Frau zur Kommunistischen Partei über. Ich bin der erste, vielleicht schon der hundertste. Viele meiner Parteigenossen werden meinem Beispiel folgen und den Tren- nungsstreich ziehen mit der Partei, die nichts mehr zu tun hat mit den Interessen der Arbeiterklasse.

Bruno Nachwoltz, Maurer, Dresden-Neustadt, Fleischergasse 4, 3.

Gleichzeitig wird uns mit diesem Briefe das Mitgliedsbuch des Genossen überhandt. Wir stellen an Hand des Mitglieds- buches fest, daß dieser Genosse seit 17 Jahren Mitglied der SPD ist und mit seiner Frau seine Verpflichtungen der Partei gegen- über bis zum heutigen Tage erfüllt hat.

Der Brief dieses Dresdner Genossen ist keine Einzel- erklärung. Abgesehen von den zahlreichen Uebertritten, die jetzt in den einzelnen Ortsgruppen zu verzeichnen sind, veröffent- licht gestern unser Chemnitzer Bruderorgan ebenfalls einen Brief eines sozialdemokratischen Arbeiters, der seit dem Jahre 1919 Mitglied der österreichischen Sozialdemokratie war und seit 1924 Mitglied der deutschen Sozialdemokratischen Partei angehört. Der Brief dieses SPD-Arbeiters, der jetzt zur Kommunistischen Partei übergetreten ist, lautet folgendermaßen:

Pflanen i. B., 18. Juni 1928.

An die Sozialdemokratische Partei Ortsgruppe Pflanzen i. B.

Hierdurch erkläre ich meinen Austritt aus der Sozial- demokratischen Partei mit folgender Begründung:

Seit dem 20. Oktober 1924 Parteimitglied, habe ich manchen Gegner der SPD zu überzeugen gewußt, daß diese Partei die Interessen des Proletariats ehrlich vertritt. Leider mußte ich aber die Erfahrung machen, daß vor dem ehrlich ein „Un“ zu stehen ist. Jetzt, nachdem ich gelernt habe, mit etwas kriti- schem Auge zu sehen, ist es mir nicht schwer gefallen, das ver- räterische Treiben „unserer Führer“ zu durchschauen. Mit teuflischer Verberbungskraft wird dem Volke

die Meinung dieser Führer aufgedrängt. Es wird ihm weis- gemacht, daß das Volk eine Koalition mit den Bürgerlichen wünsche, was es durch Abgabe seiner Stimme für die SPD be- stunden hätte. An Gedächtnischwund muß aber derjenige leiden, der schon jetzt vergessen hat, wie gerade die Sozial- demokratische Partei vor dem 20. Mai gegen eine Koalition mit den Bürgerlichen gesprochen und geschrieben hat. Der Partei- vorstand ist in Köln für die Verbrüderung mit den Bürgerlichen eingetreten und nahm wurde die wilde linke Opposition. Ignoriert wurden die Millionen SPD-Wähler, die mit Abgabe ihrer Stimme die oppo- sitionelle Stellung der SPD im letzten Reichstage aufwiegen. Nur dieser Stellung hat es die SPD zu verdanken, wenn sie am 20. Mai einen Erfolg buchen konnte.

Dieser neue Verrat am arbeitenden Volke wird vielen gleich mit dem Weg weisen, Schritt zu machen mit einer Partei, die lieber über dreihundert Arbeiter in den Zuchthäusern schmachten läßt, als einige Fremden von ihrem Erholungs- urlaub zu befreien. **Heinz Klein.**

Aus diesem Brief spricht die ganze Enttäuschung eines Arbeiters, der noch bis zum 20. Mai glaubte, daß die SPD, wie das die „Linken“ Führer immer erklärten, auf den rechten Weg des proletarischen Klassenkampfes zurückzuführen sei.

Er hat erleben müssen, daß sein Vertrauen zu den SPD Führern von diesen schamlos mißbraucht worden ist, daß diese Führer den Willen der sozialdemokratischen Arbeitermassen zum entschiedenen Kampf gegen die Bourgeoisie umfächeln in die Bereitschaft, mit den Klassenfeinden des Proletariats zu partizipieren.

Ganz besonders interessant ist das, was der Genosse Klein über die „Linken“ schreibt. Vor der Wahl haben diese Leute den Arbeitern das Versprechen, daß sie eine Koalition ab- schließen und den härtesten Kampf dagegen führen würden. Nach Köln aber wurde die wilde linke Opposition zahnlos, da forderte diese „Opposition“ die sozialdemokratischen Arbeiter auf, geschlossen den Koalitionssturz mitzumachen.

Und da ist ihm die Erkenntnis aufgefliegen, daß die „Linken“ eben im Grunde genommen nichts anderes sind, als Kollaboranten des Parteivorstandes, die mit radikalen Reden die Arbeiter für die SPD gefangen haben.

Der Wille zum entschiedenen Kampf gegen die Bourgeoisie und der Glaube, daß die SPD wegen ihrer „Opposition“ gegen die Bürgerlichregierung nun auch einen entschlossenen Kampf führen würde, das war es, das die Millionen Arbeiter der SPD in die Arme trieb. Jetzt weicht dieser Glaube, jetzt greift die Ernüchterung Platz.

Die obigen Briefe müssen für uns Anlaß sein, um allen SPD-Arbeitern die Rolle ihrer Führer, vor allem auch der „Linken“, begrifflich zu machen, sie zu der Erkenntnis zu führen, daß nur in den Reihen der Kommunistischen Partei der Klassenkampf eine wirkliche Heimstätte ge- funden hat.

## Ein sozialdemokratisches Manöver

Die Große Koalition kommt

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern mittag griff der Reichspräsident abermals beim Koalitionschacher ein. Nachdem die Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses am vormittag ergebnislos verlaufen waren, fand sich der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Reichner, im Reichstag ein, wo er eine Unterredung mit Hermann Müller und Scholz von der Volkspartei hatte. Im Anschluß hieran berief Hermann Müller die Führer der Fraktionen der Großen Koalition zu einer neuen Verhandlung zusammen, in deren Verlauf über fast alle Punkte eine Einigung erfolgte, während in den letzten Streitpunkten eine Verständigung angebahnt wurde. Die Verhandlungen sollen heute vormittag zu Ende geführt werden.

Gestern nachmittag hielten einige Reichstagsfraktionen Sitzungen ab. In der Zentrumsfraktion und in der demo- kratischen Fraktion hielt man „bei gegenseitigem Entgegenkommen“ eine Lösung für durchaus möglich. Die Sit- zung der sozialdemokratischen Fraktion nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Hermann Müller erstattete Bericht und äußerte sich gleichfalls zuversichtlich in Bezug auf die Große Koalition. Die Einigung in der preussischen Frage soll in der Form geschehen, daß die Reichstagsfraktionen der Wei- marer Koalition zusagen, bei den preussischen Fraktionen dahingehend zu wirken, daß die Umbildung des preussischen Kabinetts im Herbst erfolgt. In den Fragen der Woh- nungswirtschaft und des Washingtoner Abkommens haben sich bereits die Parteien geeinigt. Ebenso soll in der Frage des Panzerkreuzers keine große Differenz mehr be- stehen. Der Bau soll von der „Gestaltung des nächsten Etats abhängig gemacht werden“. Es dreht sich nur noch darum, daß auch in der Frage des Verfassungstages und der Lohnsteuer eine solche Formulierung gefunden wird, die es der SPD ermöglicht, den Massen den Verrat plausibel zu machen. In seiner gestrigen Abendausgabe versuchte der Vorwärts sich den Anschein zu geben, als sei nicht an ein Zustandekommen der Großen Koalition zu denken.

### Verhärtete Streitlage in Griechenland

Die Armee alarmbereit — Verhaltung von Streikenden

Athen, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Gewerkschaftsbund hat offiziell beschlossen, sich mit den streikenden Tabakarbeitern solidarisch zu erklären und Donner- stag abend oder Freitag früh den Generalstreik zu erklären. Weitere Kategorien von Arbeitern, die Bäder, treten in den Streik. Die streikenden Arbeiter veranstalteten mehrfache Demon- strationen, gegen die Militär und Polizei aufgeboten wurde. In Athen wurden 15 Arbeiter verhaftet, weil sie Flugblätter an die Soldaten verteilt haben. Die Regierung hat einen großen Teil der Armee in Alarmbereitschaft gesetzt und hegt gegen die streikenden Arbeiter wegen ihres Hilfeansuches an die Rote Gewerkschaftsinternationale, mit der Behauptung, die ganze Bewegung sei von Moskau aufgejogen. Der Streik hat aber wirtschaftliche Ursachen und wirtschaftliche Ausgangspunkte.

### Blutige Zusammenöße in Belgrad

Belgrad, 22. Juni. (Telunion.)

In den späten Abendstunden des Donnerstags kam es in Belgrad zu schweren Zusammenößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Die Demonstranten, bestehend aus Studenten und Kommunisten, veranstalteten noch in den Abendstunden einen Demonstrationsszug, wobei Rufe gegen die Regierung laut wur- den. Die herbeieilenden Gendarmen, und Polizeibeamten ver- suchten die Demonstranten zu zerstreuen. Diese errichteten jedoch an verschiedenen Straheneden der Stadt Barrikaden und griffen die Polizei mit Steinen an. Die Polizei machte von der Schuß- waffe Gebrauch, wobei vier Personen getötet und 12 verwundet wurden. Am Mitternachts gelang es der Gendarmerie und Polizei, die Ruhe in Belgrad wieder herzustellen.

Aus dem ganzen Verlauf dieser Verhandlungen ergibt sich ganz klar, daß die SPD-Führer nur Manöver versuchen, um die Arbeiter zu täuschen. Die „Linken“ Zeitungen un- terstützen diesen Schwindel des Parteivorstandes. Sie tun so, als stiele die SPD unumstößliche Bedingungen, dabei beschränken sie sich auf die Feststellung, daß die Verhand- lungen ins Stocken geraten seien. Allein das sächsische Volksblatt, Zwickau, nimmt in einem Leitartikel Stellung und erklärt:

„Wir haben vom ersten Tage nach der Wahl an die For- derung erhoben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an die Verhandlungen über die Regierungsbildung mit be- stimmten, im Interesse der Arbeiterklasse gelegenen Forde- rungen herangehen muß.“

„Wir sind zunächst mit unierer Auffassung weder im Ver- teilsausdruck noch in der Fraktion durchgedrungen. Die Wech- sel dieser Körperlichkeiten vertrat die Meinung, daß unsere Unterhändler mit vollkommen freier Hand und ohne jede Bin- dungen zu den Verhandlungen gehen sollten.“

Als Schlussfolgerung stellt dann das Volksblatt noch einmal das alte Manöver auf „Forderungen“.

Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, zeigt obiger Be- richt. Die Volkspartei stellt Forderungen auf. Die SPD ist schon bei der Bewilligung des Panzerkreuzers.

Deswegen keine Täuschung. Die SPD geht in die Große Koalition als Hilfstruppe für die Kapitalisten.